



Boat People dürfen nicht länger in den Tod getrieben werden

Anlässlich des Tags des Flüchtlings hat der Flüchtlingsrat B.-W. in Zusammenarbeit mit Freunde für Fremde und dem Freundeskreis Asyl Karlsruhe am 29.09. in Karlsruhe eine Aktion zum Thema „Gegen die Abschottung Europas – für eine menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen“ durchgeführt und im Vorfeld die folgende Pressemitteilung herausgegeben:

Scheinwerfer werden auf ihr Boot gerichtet. Sie springen nervös auf. „Sitzen bleiben, Ruhe bewahren!“, tönt es aus dem Lautsprecher. Zu spät, das überladene Boot bekommt Schlagseite, eine Welle gibt dem Kahn den Rest, es kentert. 48 Menschen können gerettet werden, 90 ertrinken. Das geschah am 22.7.2007. Bei dem Versuch, von Afrika nach Europa zu kommen, sterben fast täglich Flüchtlinge, allein für 2006 schätzt man 6 000. In den letzten zehn Jahren mindestens 10 000, wahrscheinlich viel mehr, denn längst nicht alle Leichen werden an die Küsten angespült. Durch die Grenzkontrollen der EU ist die Flucht aus Afrika noch gefährlicher geworden. Neue Routen müssen ausprobiert werden, längere, gefährlichere Routen, die noch mehr Todesopfer fordern.

Angesichts des Sterbens an den Grenzen von Europa fällt den europäischen Politikern nichts anderes ein, als die Abwehrmaßnahmen immer mehr zu verschärfen: Spanien hat seine Grenzen mit einem doppelten Zaun, sechs Meter hoch, acht Kilometer lang, befestigt, alle 40 Meter leuchtet ein Scheinwerfer nach Marokko. Alle 400 Meter steht ein Wachturm, ausgerüstet mit Infrarotkameras und Richtmikrofonen. Auf dem offenen Meer patrouilliert die europäische Grenzschutzagentur „Frontex“. Schnellboote der Küstenwache und Hubschrauber zwingen Flüchtlingsboote auf hoher See zur Umkehr.

Zum diesjährigen Tag des Flüchtlings, am 29. September, protestiert der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg von 10-17 Uhr durch eine zentrale Aktion in Karlsruhe gegen diese Ausgrenzungspolitik, die immer mehr Menschenleben fordert. Unter dem Motto „Gegen die Abschottung Europas – für eine menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen“ wird in der Fußgängerzone Kaiserstraße, am Lammbrunnen, ein großer Zaun mit Stacheldraht symbolisch auf die europäische Abschottungspolitik aufmerksam machen. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg lädt alle Interessierten dazu ein, sich an dieser Aktion zu beteiligen.

Es ist unverantwortlich, allein mit polizeilichen Maßnahmen auf die Not der Flüchtlinge und MigrantInnen zu antworten. Die Menschen, die sich auf die lebensgefährliche Reise begeben, fliehen vor politischer Verfolgung, vor Bürgerkrieg, vor wirtschaftlicher Not. Indem Europa sich einmauert, verletzt es seine Verpflichtungen aus der Genfer Flüchtlingskonvention, die alle Länder Europas unterzeichnet haben. Schutzsuchenden muss der Weg zum Asylverfahren offen gehalten werden. Viele, die kommen, fliehen vor Armut. Sie wollen ihr eigenes Überleben und oft genug das einer Großfamilie durch Arbeit in Europa sichern. Die Armut Afrikas ist u. a. eine Folge der Globalisierung, die traditionelle Überlebensstrategien dörflicher Gemeinschaften unmöglich gemacht hat. Sie ist in vielen Fällen sogar unmittelbare Folge der europäischen Außen- und Wirtschaftspolitik. Zum Beispiel: Vor der Küste Senegals fischen riesige Trawler die Fischbestände leer. Subventioniert durch die EU werfen sie den Fang zu Tiefpreisen auf den Markt in Senegal. Die senegalesischen Fischer werden brotlos. Was bleibt diesen anderes übrig, als ihre nutzlos gewordenen Boote zu verkaufen an diejenigen, die sich nun-

«europa»

mehr gezwungen sehen, in Europa ihren Lebensunterhalt zu verdienen?

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg fordert

- Wiederherstellung der Möglichkeit für Flüchtlinge, in Europa Schutz vor Verfolgung und Bürgerkrieg zu suchen und zu finden.
- die Aufnahme von Flüchtlingen in Form eines Resettlementprogrammes
- eine gerechte Wirtschaftspolitik, eine nachhaltige, sozial gerechte Entwicklungspolitik und die Bekämpfung der Fluchtursachen statt Ausgrenzung!

Nur so können die Dramen auf den Meeren vor Europa verhindert werden.

gez. Ulrike Duchrow

2. Vorsitzende, Flüchtlingsrat Baden-Württemberg



Neues Gutachten: Flüchtlingsrechte gelten auch im Mittelmeer

Berlin/Frankfurt a. M. 27. September 2007 - Europa schottet sich auch mit illegalen Mitteln gegen Flüchtlinge und Einwanderer ab. Die von der EU-Agentur FRONTEX konzipierte Flüchtlingsabwehr missachtet menschen- und flüchtlingsrechtliche Verpflichtungen der EU-Staaten. Zu diesem Ergebnis kommt ein von amnesty international, der Stiftung Pro Asyl und dem Forum Menschenrechte in Auftrag gegebenes Gutachten des European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), das die Organisationen heute anlässlich des bundesweiten Tags des Flüchtlings vorgestellt haben. Auch außerhalb der Territorien der EU-Staaten – also etwa auch auf hoher See jenseits der 12-Meilen-Zone – sind die EU-Grenzschrützer an Flüchtlings- und Menschenrechte gebunden. Mitten auf dem Meer aufgegriffene Flüchtlinge haben demzufolge das Recht, einen Asylantrag zu stellen. Sie dürfen auch nicht zurückgeschoben werden, wenn ihnen möglicherweise Verfolgung oder Misshandlung droht.

„Flüchtlinge einfach an der Weiterfahrt zu hindern oder zurückzuschleppen, ist also verboten. Sie haben ein Recht darauf, in den nächsten sicheren europäischen Hafen gebracht zu werden“, sagte Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL.

